

# Kapitel

**Initiator\*innen:** Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

**Titel:** Gleichberechtigung und Engagement

## Text

1 Eine gerechte Stadt misst sich daran, wie gut sie für alle funktioniert - nicht  
2 nur für die Mehrheit, sondern für jeden einzelnen Menschen. Dortmund steht in  
3 der Verantwortung, soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Schutz für Menschen in  
4 sehr unterschiedlichen Lebenssituationen zu gewährleisten. Das betrifft unter  
5 anderem Frauen, die immer noch strukturell benachteiligt sind, ebenso wie  
6 Geflüchtete, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Sexarbeiter\*innen.

7 Wir wollen, dass Dortmund eine Stadt ist, in der niemand vergessen wird. Dafür  
8 setzen wir uns ein – für echte Gleichstellung, für Barrierefreiheit im Alltag,  
9 für mehr Schutz vor Gewalt und Ausbeutung und für Unterstützung im Alter oder  
10 beim Neustart in einem fremden Land.

11 Die Kommune ist oft der erste Ort, an dem Menschen Hilfe, Gerechtigkeit oder  
12 Schutz suchen. Deshalb braucht es konkrete kommunale Maßnahmen, die Strukturen  
13 verbessern, Zugang schaffen und Chancen ermöglichen. Wir fördern  
14 Unterstützungsangebote für vulnerable Gruppen, setzen uns für faire  
15 Arbeitsbedingungen auch in marginalisierten Lebensbereichen ein und stärken das  
16 Ehrenamt als Rückgrat einer solidarischen Stadt.

17 Dortmund soll eine Stadt sein, in der Gleichstellung nicht nur ein Versprechen  
18 ist, sondern Realität. Eine Stadt, die Altersarmut, Einsamkeit, Wohnungsnot und  
19 Diskriminierung nicht hinnimmt, sondern mit kluger, zukunftsorientierter Politik  
20 begegnet. Eine Stadt, die zuhört, mitgestalten lässt und niemanden zurücklässt.  
21 Eine Stadt, die allen gehört.

22

## Für die Gleichstellung von Frauen

23 Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein tragender Grundpfeiler unserer  
24 demokratischen Gesellschaft. Ob auf dem Arbeitsmarkt, in der medizinischen  
25 Versorgung oder in der Aufteilung von Sorgearbeit: Trotz einiger Fortschritte  
26 erleben Frauen weiterhin strukturelle Benachteiligungen in nahezu allen  
27 Lebensbereichen. Zudem erlebt mindestens ein Drittel aller in Deutschland  
28 lebenden Frauen körperliche, psychische und sexualisierte Gewalt. Dass fast  
29 täglich ein Femizid gemeldet wird, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal. Wir  
30 wollen, dass alle Menschen in Dortmund unabhängig von Geschlecht frei, sicher  
31 und gleichberechtigt leben können. Auf GRÜNE Initiative konnte in Dortmund eine  
32 Koordinierungsstelle zur kommunalen Umsetzung der Istanbul-Konvention  
33 eingerichtet werden, die den Schutz von Frauen vor Gewalt in Dortmund verbessern  
34 soll.

35 Wir werden

- 36 • den kommunalen Masterplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zügig  
37 umsetzen, um Frauen effektiv vor Gewalt zu schützen.
- 38 • Plätze im Dortmunder Frauenhaus bedarfsgerecht ausbauen, damit alle Frauen  
39 bestmöglich geschützt werden können und die Arbeit des Dortmunder  
40 Frauenhauses durch erweiterte Finanzierung unterstützen.
- 41 • Unterstützungsangebote für Frauen und Kinder im Frauenhaus verbessern und  
42 nachhaltige Jugendhilfeprogramme nach dem Aufenthalt anbieten.
- 43 • den Übergang von der Unterbringung im Frauenhaus in eigenen Wohnraum  
44 unterstützen
- 45 • zur Gewaltprävention und zur Aufklärung die Bildungsarbeit in Schulen und  
46 anderen Bildungsstätten stark ausweiten.
- 47 • die Arbeit mit Tätern häuslicher Gewalt intensivieren, insbesondere mit  
48 dem Projekt „Echte Männer reden“.

- 49 • den bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für Gewaltopfer  
50 umsetzen.
  
- 51 • anzeigenunabhängige und anonyme Spurensicherung für Personen, die von  
52 sexueller Gewalt betroffen waren, nach sexuellem Missbrauch in allen  
53 Kliniken Dortmunds ermöglichen.
  
- 54 • mehrsprachige Beratungsangebote und psychosoziale Begleitung ausbauen.
  
- 55 • analog zum „Haus des Jugendrechts“ das „Haus des Frauenrechts“ einrichten,  
56 worin die Frauenberatungsstelle, das Kommissariat für Kriminalprävention  
57 und Opferschutz der Polizei Dortmund sowie die für häusliche Gewalt  
58 zuständige Staatsanwaltschaft vertreten sind.
  
- 59 • langfristige Wohnraumlösung für wohnungslose Frauen schaffen.
  
- 60 • städtische Aktionsformate zum „Equal Pay Day“ unterstützen, um die  
61 Forderung nach einem Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene zur  
62 Bekämpfung der Lohnungleichheit zu verstärken.
  
- 63 • die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen durch Mentoring,  
64 Vernetzung und gezielte Programme, insbesondere in der städtischen  
65 Verwaltung und Tochterunternehmen, fördern.
  
- 66 • spezifische Programme und eine verpflichtende Frauenquote von 50 % in  
67 Geschäftsführungen und Aufsichtsräten von städtischen Unternehmen  
68 einführen.
  
- 69 • einen Gleichstellungsausschuss mit eigenem Etat einrichten, in dem auch  
70 zivilgesellschaftliche Institutionen (zum Beispiel die Dortmunder  
71 Frauenverbände) beratend vertreten sein sollen.

## 72 Für Selbstbestimmung im Alter

73 In Dortmund leben ca. 120.000 Menschen über 65 Jahre. Sie sind ein wertvoller  
74 Teil unserer Gesellschaft. Ihre Lebenserfahrung, ihr Wissen und ihr Engagement  
75 bereichern unser Zusammenleben. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in  
76 Würde altern können und bis ins hohe Alter selbstbestimmt und aktiv am  
77 gesellschaftlichen Leben teilhaben. Wir möchten Sorge dafür tragen, dass ältere  
78 Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld leben  
79 können und Teil der aktiven Gesellschaft sein können.

80 Wir werden

- 81 • die Seniorenbüros und das Projekt "Begegnung VorOrt" erhalten und  
82 kultursensibel betreiben.
  
- 83 • Angebote für Begleitung bei Behördengängen schaffen.
  
- 84 • die städtischen Seniorenheime und die Förderung interkultureller Konzepte  
85 stärken und ausbauen.
  
- 86 • generationenübergreifende Wohnprojekte mit integrierten Pflegediensten in  
87 Dortmund unterstützen und ausbauen.
  
- 88 • mehr kostenlose, öffentliche und rund um die Uhr geöffnete Toiletten  
89 einrichten.
  
- 90 • mehr Vollzeitstellen kommunal finanzieren, die sich insbesondere mit den  
91 Belangen älterer, migrantischer Menschen beschäftigen.
  
- 92 • den Senior\*innenbeirat stärken und seine Mitwirkungsmöglichkeiten  
93 ausbauen.
  
- 94 • Senior\*innenbegegnungsstätten als intergenerative Stadtteil- und  
95 niedrigschwellige Begegnungszentren neu denken.

- 96 • Selbsthilfeeinrichtungen von Senior\*innen unterstützen.
- 97 • die gesundheitliche Versorgung auf eine alternde Bevölkerung einstellen.
- 98 • die Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Wohnumfeld, im  
99 öffentlichen Raum und bei Behörden sowie geförderten Gebäuden ausbauen.
- 100 • einen Begleitservice für die Nutzung von Bussen und Bahnen einrichten.
- 101 • Community Health Nurses einführen, um das Wohlbefinden und die  
102 gesundheitliche Versorgung von Menschen im Alter in ihrem Umfeld zu  
103 verbessern.
- 104 • kostenlose oder vergünstigte Kultur-, Sport- und Freizeitangebote für  
105 Senior\*innen mit geringer Rente schaffen.
- 106 • Senior\*innen bei der Beantragung von Wohngeld und Grundsicherung stärker  
107 unterstützen.
- 108 • Teilhabeprojekte fördern, um Einsamkeit im Alter zu bekämpfen (z.B.  
109 Projekt 'Nachbarbude' in der Nordstadt).
- 110 • Programme schaffen, die Senior\*innen dazu befähigen, am digitalen Leben  
111 teilzuhaben und digitale Angebote vollumfänglich nutzen zu können.
- 112 • das Modellprojekt "Gesundheitskiosk" auch über 2026 hinaus verstetigen.
- 113 • Angebote stärken, die den Zugang zu ehrenamtlichem Engagement für ältere  
114 Menschen erleichtern.

## 115 **Für gelebte Inklusion**

116 In einer gerechten Gesellschaft hat jeder Mensch das Recht auf gleichberechtigte  
117 Teilhabe – unabhängig von körperlichen oder geistigen Fähigkeiten, Herkunft,  
118 Alter oder sozialer Situation. Inklusion ist für uns kein abstraktes Konzept,  
119 sondern eine konkrete Vision: Wir wollen eine Gemeinschaft, in der Vielfalt als  
120 Bereicherung erlebt wird und Barrieren konsequent abgebaut werden. Dafür setzen  
121 wir uns mit Nachdruck ein.

122 **Wir werden**

- 123 • das Behindertenpolitische Netzwerk nach außen und innerhalb der Verwaltung  
124 und der Gremienarbeit stärken.
  
- 125 • eigene Mittel für Projekte des Behindertenpolitischen Netzwerk zur  
126 Verfügung stellen
  
- 127 • den Inklusionsbeirat fördern.
  
- 128 • einen inklusiven ersten Arbeitsmarkt fördern, der Perspektiven für  
129 Menschen in Behindertenwerkstätten und im sozialen Arbeitsmarkt schafft.
  
- 130 • Integrationsbetriebe oder Integrationsabteilungen auch innerhalb der  
131 Verwaltung prüfen.
  
- 132 • Jugendhilfe grundsätzlich inklusiv gestalten und dafür ein  
133 Investitionsprogramm.
  
- 134 • ÖPNV so gestalten, dass alle teilhaben können, z. B. durch die Einführung  
135 eines Begleitservice.
  
- 136 • das Angebot des Behindertenfahrdienstes sicherstellen und bei Bedarf  
137 nachbessern

- 138 • Inklusion für politisches Engagement verwirklichen.
- 139 • städtische Infrastruktur inklusiv gestalten.
- 140 • städtische Veranstaltungen (z. B. durch Gebärdendolmetscher\*innen und  
141 barrierefreie Technik) inklusiver gestalten.
- 142 • Wegebeschriftungen für Sehbeeinträchtigte in Braille-Schrift z. B. in  
143 Geländern flächendeckend anbringen.
- 144 • den Zugang zu Hilfesystemen für Familien mit Migrationshintergrund und  
145 Behinderung stärken und verbessern.
- 146 • mehr qualifiziertes Fachpersonal für Inklusion in Bildungseinrichtungen  
147 einsetzen.
- 148 • kostenlose oder vergünstigte Kultur-, Sport- und Freizeitangebote für  
149 Menschen mit Behinderung schaffen.

## 150 **Für einen guten Umgang mit Sexarbeit und Prostitution**

151 Sexarbeit und Prostitution sind gesellschaftliche Realitäten, die differenzierte  
152 politische Antworten erfordert. Wir setzen uns für einen Ansatz ein, der die  
153 Rechte von Prostituierten und die Selbstbestimmung von Sexarbeiter\*innen in den  
154 Mittelpunkt stellt, gleichzeitig aber entschieden gegen Menschenhandel und  
155 Zwangsprostitution vorgeht. Unser Ziel ist eine Politik, die Betroffene schützt,  
156 statt sie zu stigmatisieren.

157 **Wir werden**

- 158 • Anonymität von Sexarbeiter\*innen schützen, eine kostenlose gesundheitliche  
159 Beratung und angemessene personelle Ausstattung im Gesundheitsamt  
160 sicherstellen.

- 161 • eine Diamorfin-Ambulanz auch zur Unterstützung drogenabhängiger Frauen  
162 einrichten.
  
- 163 • die Förderung des Ausstiegs aus der Prostitution stärken.
  
- 164 • Beratungsstellen und Hilfsangeboten für minderjährige Prostituierte sowie  
165 Förderung von Präventions- und Onlineberatungsprogrammen finanziell  
166 sicherstellen.
  
- 167 • die Finanzierung der Fachberatungsstellen sicherstellen und ausbauen, um  
168 umfassende Ausstiegshilfen und Streetwork dauerhaft zu gewährleisten.
  
- 169 • Beratungs- und Hilfsangeboten für alle Opfer von Menschenhandel  
170 sicherstellen, unabhängig vom Ort ihrer Ausbeutung.
  
- 171 • den Runden Tische sowie das Dortmunder Modell zur Unterstützung aller  
172 Beteiligten und gegen den Verbleib junger Menschen in der Prostitution  
173 weiterführen und ausbauen.
  
- 174 • Präventions- und Unterstützungsangebote für männliche Sexarbeiter und  
175 Prostituierte weiterführen.
  
- 176 • Sexarbeiter\*innen in politische Entscheidungen, die sie betreffen, stärker  
177 einbinden.
  
- 178 • die Ordnungsbehörden für einen nicht-diskriminierenden Umgang mit  
179 Sexarbeiter\*innen und Prostituierten sensibilisieren.
  
- 180 • kostenlose und anonyme medizinische Angebote, z. B. für HIV-Tests,  
181 gynäkologische Untersuchungen und psychologische Betreuung ausbauen.

- 182 • eine mehrsprachige Aufklärungskampagne für Betroffene initiieren, um über  
183 Rechte und Hilfsangebote zu informieren.

## 184 **Für erfolgreiche Migration und Integration**

185 In einer Welt voller Krisen und Konflikte sind Millionen Menschen gezwungen,  
186 ihre Heimat zu verlassen. Wir stehen für eine Geflüchtetenpolitik, die  
187 Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt und Integration als Chance begreift.  
188 Dabei leitet uns die Überzeugung, dass jeder Mensch Schutz und ein Leben in  
189 Sicherheit und Würde verdient – unabhängig von Herkunft oder Fluchtgrund.

190 Wir werden

- 191 • die sogenannte „Bezahlkarte für Geflüchtete“ auch weiterhin kategorisch  
192 ablehnen und uns dafür einsetzen, die Bezahlkarte perspektivisch auch in  
193 Unterkünften des Landes NRW in Dortmund nicht mehr zu nutzen.
- 194 • die Arbeit des seit Januar 2025 gegründeten Amts für Migration verbessern,  
195 indem wir die bisherige Arbeit unter Beteiligung von Verbänden evaluieren  
196 und weiterentwickeln.
- 197 • den Service im Amt für Migration respektvoller und bedarfsorientierter  
198 gestalten, die Wartezeiten auf Termine und die Bearbeitungszeiten deutlich  
199 verkürzen und es zu einem Willkommenscenter mit Schwerpunkt auf Förderung  
200 und Integration umbauen.
- 201 • die Digitalisierung im Amt für Migration werden wir stärken, dies hat mit  
202 der Umstellung auf E-Akten bereits begonnen.
- 203 • das Dienstleistungszentrum Migration & Integration (MigraDo) unterstützen  
204 und näher an das Amt für Migration anbinden.
- 205 • Bürokratie für Geflüchtete verringern und damit ehrenamtliche Vereine  
206 entlasten, deren Arbeit zum Großteil aus Hilfe im Umgang mit den Ämtern  
207 besteht.

- 208 • die kommunalen Unterbringungsbedingungen verbessern, z. B. durch kleinere,  
209 dezentrale Unterkünfte.
  
- 210 • ausreichend Sprach- und Integrationskurse anbieten, auch mit flexiblen  
211 Angeboten für Menschen mit Betreuungspflichten oder unflexiblen  
212 Arbeitszeiten.
  
- 213 • die politische Bildung für Zugewanderte mit gezielten  
214 Informationsangeboten zu Rechten, Wahlen und Beteiligung stärken.
  
- 215 • Hürden für schnelle Arbeitsmarktintegration abbauen.
  
- 216 • Ausbildungs- und Praktikumsplätzen für Geflüchtete durch Kooperation mit  
217 Dortmunder Unternehmen fördern.
  
- 218 • die medizinische Versorgung verbessern, insbesondere für Menschen ohne  
219 gesicherten Aufenthaltsstatus.
  
- 220 • psychosoziale Hilfsangeboten für traumatisierte Geflüchtete ausbauen.
  
- 221 • Vereine in der Geflüchtetenhilfe unterstützen, um die vorhandenen  
222 professionellen Strukturen zu erhalten und zu stärken, da die Finanzierung  
223 durch Landes- und Bundesförderung zunehmend schwindet, und den Dialog mit  
224 dem Amt für Migration weiter zu verbessern.
  
- 225 • als Stadt die Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff übernehmen und  
226 gezielt mehr Geflüchtete aufnehmen, die aus Seenot gerettet wurden.
  
- 227 • den Status als "Sicherer Hafen" erhalten.
  
- 228 • Flüchtlinge bei der Integration in legale Strukturen unterstützen und

229 Schutz vor ausbeuterischen Arbeits- und Wohnverhältnissen bieten.

- 230 • die rechtliche und soziale Situation von Menschen ohne Papiere verbessern  
231 und Perspektiven schaffen.
  
- 232 • mehr interkulturelle Begegnungsformate und Nachbarschaftsprojekte fördern,  
233 um den Austausch zwischen Geflüchteten und Dortmunder\*innen zu stärken.
  
- 234 • Bleiberechte durch gezielte Programme und das von uns initiierte Gremium  
235 "Bleiberechte fördern" stärken sowie durch die Ermessensentscheidungen  
236 über Bleiberechte zugunsten von Geflüchteten fördern, insbesondere für  
237 Familien und junge Geflüchtete in Ausbildung.
  
- 238 • die Aufnahme von geflüchteten Kriegsdienstverweigerer\*innen unterstützen.
  
- 239 • Geflüchtete bei der Wohnungssuche und Integration unterstützen.
  
- 240 • die Umsetzung des „Masterplans Integration“ vorantreiben.

## 241 **Für das Ehrenamt als Herz der Stadt**

242 In Dortmund engagieren sich tausende Menschen freiwillig in Vereinen und  
243 Initiativen, um anderen zu helfen und unsere Stadt lebenswerter zu machen.  
244 Dieses Engagement verdient nicht nur unsere Anerkennung, sondern auch unsere  
245 aktive Unterstützung. Hierfür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen. Zu oft  
246 scheitern wertvolle Initiativen an bürokratischen Hürden oder fehlenden  
247 Ressourcen. Die Stadt muss als Ermöglicherin und nicht als Bremserin auftreten  
248 und den Tatendrang der Dortmunder\*innen aufnehmen und fördern.

249 Wir wollen Dortmund zur Engagement-Stadt Nummer 1 im Ruhrgebiet machen! Dafür  
250 werden wir

- 251 • zivilgesellschaftliches Engagement stärken.

- 252 • den Ehrenamtsfonds weiter aufstocken.
  
- 253 • ehrenamtliche Strukturen und Vereine finanziell und strukturell  
254 unterstützen.
  
- 255 • besser über Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement informieren und  
256 aktiv in allen Altersgruppen dafür werben.
  
- 257 • die Vermittlung und das Matching von Ehrenämtern und Ehrenamtler\*innen  
258 stärken und die vorhandene FreiwilligenAgentur stärken und bewerben.
  
- 259 • Projekte wie "WeQ - Geflüchtete im Ehrenamt" stärken.
  
- 260 • die Nutzung von öffentlichen Räumlichkeiten - wie z. B. Schulen - durch  
261 Vereine und Initiativen ermöglichen.
  
- 262 • Angebote an Flächen für den Bedarf von Vereinen schaffen, auch  
263 Logistikflächen.
  
- 264 • die Dortmunder Angebote für die Ehrenamtskarte NRW mit attraktiven.  
265 Vergünstigungen bei städtischen Einrichtungen und teilnehmenden  
266 Unternehmen ausbauen und die Karte bekannter machen.
  
- 267 • mehr kostenlose Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche anbieten.
  
- 268 • ein Mentoring-Programm aufbauen, das erfahrene Ehrenamtliche mit  
269 Neueinsteiger\*innen zusammenbringt.
  
- 270 • Schulprojekte zum sozialen Ehrenamt fördern, um Jugendliche frühzeitig für  
271 freiwilliges Engagement zu begeistern.

272  
273

- Förderanträge durch digitale Lösungen und Unterstützungsangebote vereinfachen.